



# Linke Politik im Europäischen Parlament

Unsere Themen. Unsere Ideen. Unsere Ziele.

**DIE LINKE.**  
IM EUROPAPARLAMENT





Liebe Genossinnen und Genossen,

GUE/NGL – diese Abkürzung steht für die Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grünen Linken. In ihr haben sich 34 Europaabgeordnete aus 12 europäischen Mitgliedstaaten und 17 Parteien zusammengeschlossen.

Unsere kleine Fraktion kämpft im Europäischen Parlament gegen eine Politik, die die Stabilität des Euro über das Leben von Menschen stellt. Die Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF zwingt den von der Krise betroffenen Ländern eine rigorose Sparpolitik auf, die einzig zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger geht. Die Maßnahmen zur Eurorettung verursachen einen sozialen Notstand der Menschenleben fordert. Das ist untragbar!

Im Februar reiste eine Delegation unserer Fraktion nach Griechenland, um unsere Solidarität auszudrücken und uns gleichzeitig die Realitäten vor Ort anzuschauen.

Würde die EU Kommission sich ebenfalls auf den Weg zu den Menschen in Griechenland, Portugal, Spanien und Irland machen, könnte sie sich selbst ein Bild der sozialen Konsequenzen ihrer Sparpolitik machen. Aber anstatt mit direkten Investitionen den Menschen vor Ort zu helfen, wird versucht, soziale Errungenschaften in Europa zu beseitigen.

Hinzu kommt, dass wir neben den Attacken auf den Sozialstaat und die demokratischen Rechte einen zunehmenden Nationalismus in Europa beobachten müssen. Gleichzeitig versucht ein Elitenklüngel demokratisch gewählte Parlamente zu umgehen. Dies stellt die Europäische Idee allgemein in Frage.

Um uns diesem massivem Sozialabbau und zunehmendem Nationalismus in Europa entgegenzustellen, organisierte unsere Fraktion mehrere Initiativen in diesem Jahr. Ziel war es, unsere politische Alternative der Sozialunion, die menschliche Bedürfnisse vor Profite stellt, zu konkretisieren und gemeinsam mit anderen linken Kräften breiten Widerstand zu organisieren, um zukünftige Proteste besser zu vernetzen. Exemplarisch will ich hier die Initiative mit Vertreterinnen lokaler Behörden aus verschiedenen europäischen Regionen nennen. Mit ihnen diskutierten wir, wie sie als besonders Betroffene der Sparpolitik auch als Orte für alternative Projekte unterstützt werden können. Ebenso diskutierten wir mit GewerkschafterInnen bei dem »Forum Soziales Europa« über die Kämpfe der Gewerkschaften und unterstützen den »Alternativen Gipfel«, zu dem sich Akteure sozialer Bewegungen, Gewerkschaften und der Europäischen Linken trafen.

Als größte Delegation mit 8 Abgeordneten innerhalb der GUE/NGL haben wir diese Aktivitäten maßgeblich unterstützt. Mit dieser kleinen Broschüre wollen wir Euch über die Arbeit unserer Delegation innerhalb der GUE/NGL informieren.

Ich wünsche uns einen erfolgreichen Parteitag!

Mit solidarischem Gruß

*Gabi Zimmer*

Gabi Zimmer

# Interkultureller Dialog über die Grenzen hinaus

**Lothar Bisky, Stellvertretender Vorsitzender im Ausschuss für Kultur und Bildung**

Als Fraktionsvorsitzender während der ersten Hälfte der laufenden Legislaturperiode lag mein Hauptschwerpunkt darin, die Kooperation unter den linken Parteien in der EU zu befördern. Dazu hatte ich sowohl innerhalb der Leitungsstruktur der GUE/NGL-Fraktion Gelegenheit wie auch während meiner Teilnahme an Parteitagungen von Partnerparteien oder als Redner in zahlreichen politischen Konferenzen in und außerhalb Europas. Es ist, so glaube ich, gelungen, die kooperativen Beziehungen zwischen den 34 Europaabgeordneten und ihren 17 Parteien aus 12 Ländern stabil zu halten.

Zweites Hauptaugenmerk in meiner bisherigen Funktion war selbstverständlich auch die Vertretung der linken Europafraktion innerhalb des Parlaments und nach außen. Das bedeutete zum einen die Teilnahme in der Konferenz der (Fraktions-)Präsidenten, die nicht nur die Tagesordnung der Plenartagungen aushandelt, sondern auch den Kontakt zu Rat, Kommission und den Ratspräsidentenschaften in Kernfragen hält – wie dem Umgang mit der Eurokrise, der mehrjährigen Haushaltsvorausschau oder auch der Weiterentwicklung der vertraglichen und institutionellen Grundlagen der EU und der auswärtigen Beziehungen der EU. Damit verbunden waren Reisen zu den unterschiedlichen Regierungen der EU-Mitgliedstaaten und etliche Zusammentreffen mit Botschaftern.



Lothar Bisky und Piedad Córdoba in Brüssel, September 2010.

Mein Fachgebiet ist und bleibt die Medien- und Kulturpolitik, um die ich mich im Europaparlament als Vizepräsident des Ausschusses für Kultur und Bildung bemühe und der ich mich nun noch verstärkt widmen kann. Einerseits stehen angesichts ständiger Veränderungsprozesse in der zunehmend digitalisierten Medienwelt und -gesellschaft Modernisierungsschritte auch in der EU-Gesetzgebung an: etwa im Urheber- und Verwertungsrecht, hinsichtlich technischer Standards, des Ausbaus der Netze sowie beim Datenschutz. Ganz aktuell laufen darüber hinaus die Verhandlungen über die künftige Finanzierung der EU-Förderung für Kulturprojekte, Filmproduktion und -vertrieb, Bildungsprogramme und Kreativwirtschaft.

Andererseits setze ich als Kulturpolitiker auf die kulturelle Vielfalt, den interkulturellen Dialog und das gegenseitige Verständnis innerhalb der EU wie über ihre Grenzen hinaus. Konkret die Unterstützung von Filmveranstaltungen in unterschiedlichen Ländern liegt mir dabei am Herzen. Der LUX-Filmpreis, den das Europäische Parlament jährlich vergibt – Preisgeld ist die Untertitelung des Siegerfilms in verschiedenen Sprachen – ist da nur ein konkretes Beispiel.

Film, Kultur überhaupt, ist wichtig für das Verstehen in und von Europa. Besonders in der aktuellen Finanz-, aber auch Vertrauenskrise in der EU kann sie (vielleicht) Gutes bewirken. Gerade auch aus der Überzeugung heraus, dass die interkulturelle Verständigung zwischen Menschen und Völkern heute wichtiger denn je ist, setze ich mich schließlich weiterhin für gute Beziehungen der Linken mit Menschen in anderen Ländern ein wie z. B. China, Israel und Osteuropa.

# Bürgerrechte stärken! Solidarität zwischen Europas Regionen!

**Cornelia Ernst, Sprecherin der Delegation der LINKEN, Mitglied im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Regionale Entwicklung im Europäischen Parlament**

Mit den Fördermitteln aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung und dem Europäischen Sozialfonds werden bspw. Investitionen in kleinen und mittleren Unternehmen gefördert, Maßnahmen gegen Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt unterstützt, und der Zugang zu Aus- und Weiterbildung verbessert. In der aktuellen Förderperiode 2007–2013 erhält Deutschland ca. 23 Mrd. Euro. Die neuen Bundesländer erhalten in davon ca. 19 Mrd. Euro, die alten Bundesländer ca. 4,7 Mrd. Euro.

Im Ausschuss für Regionale Entwicklung des Europäischen Parlaments setze ich mich dafür ein, dass diese Fördermittel weiterhin ausreichend zur Verfügung stehen. Die ostdeutschen Bundesländer dürfen keinen abrupten Wegfall der Förderung erfahren. Ich setze mich dafür ein, dass die künftige Fördermittelpolitik den Erfordernissen des Klimaschutzes und der Energiewende gerecht wird, sie muss den ökologischen Umbau und den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge stimulieren. Die Fördermittel müssen verstärkt für die Bekämpfung der Armut, und für gute Arbeit eingesetzt werden.

Die Auszahlung der Fördergelder darf **nicht** an der Einhaltung der europäischen Defizitkriterien gebunden sein. Die Regionen der EU müssen auch dann Zugang zu den Fördergeldern haben, wenn die nationalen Regierungen die Defizitkriterien nicht einhalten sollten.

Ein weiterer Fokus meiner Arbeit im EP ist der Bereich Datenschutz und Bürgerrechte. Ich bin Mitglied im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres. Das wichtigste Projekt in den kommenden eineinhalb Jahren ist die geplante Verordnung zum Datenschutz, die den Schutz der persönlichen Daten europaweit harmonisieren soll. Ich setze mich für ein maximales Schutzniveau ein, damit die Verordnung nicht hinter aktuell gültiges deutsches Recht zurückfällt. Im Mittelpunkt wird die Unabhängigkeit der Datenschutzbehörden stehen. Besonders werde ich mich dabei den Fragen des Arbeitnehmerdatenschutzes widmen, der im Gesetzesentwurf kaum beachtet wurde, für die allermeisten Menschen aber weitreichende Konsequenzen hat.



Foto: flickr/Quelle: GUE/NGL

Cornelia Ernst

Wie schon gegen das SWIFT-Abkommen habe ich mich in den vergangenen Monaten intensiv gegen die Fluggastdatenabkommen (PNR-Abkommen) mit Australien und den USA engagiert, gegen das USA-Abkommen hat unsere Fraktion auf meine Initiative hin eine Demonstration vor dem Straßburger Plenarsaal veranstaltet. Nun steht auch die Einführung eines europäischen Systems zur Speicherung von Fluggastdaten auf der Tagesordnung. Wird dies tatsächlich eingeführt, werden pauschal und ohne jeden Verdacht die Daten aller Flugpassagiere auf Flügen in oder aus der EU erfasst und zur Rasterfahndung verwendet werden. Zu diesen Daten werden auch Kreditkartendetails, Hotelbuchungen und Reisepartner gehören. Ich stehe im Europaparlament konsequent gegen jegliche Maßnahmen ein, die im Namen des Anti-Terror-Kampfes durch blindes Sammeln riesiger Datenmengen Schritt für Schritt unsere Freiheitsrechte abbauen.

Weitere Informationen: [www.cornelia-ernst.de](http://www.cornelia-ernst.de)

# Aufbruch in ein solidarisches Europa!

von Thomas Händel, Delphine Pommier, Karola Boger und Frank Puskarev

In Folge der letzten großen Krise wird Europa weiter verändert – nicht zum Besseren. Mitentscheidungsrechte nicht nur des Europäischen Parlaments werden durch zunehmende Entdemokratisierung konterkariert. Den vorläufigen Höhepunkt bildet »Merkozy« Fiskalpakt, vorbei an der einzigen direkt gewählten demokratischen europäischen Institution – dem Europäischen Parlament – die Mitgliedsstaaten zu harter, irreversibler Austeritätspolitik verpflichten soll. Dessen Verhinderung ist erklärtes Ziel der Delegation.

Im Beschäftigungs- und Sozialausschuss arbeiten wir aktuell gegen die weitere Prekarisierung Europas, in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften gegen die s. g. Monti-II-Regelung, mit der die Urteile gegen Streikrecht und Arbeitnehmerrechten in Europa manifestiert werden sollen; gegen die Verschlechterung der Arbeitszeitrichtlinie; für die Rechte entsandter ArbeitnehmerInnen aus Drittstaaten, die Beschäftigten der Bodenabfertigungs-Diensten an Flughäfen. Wir beziehen Position gegen die Regierungspläne, die die Rente mit 70 zum Ziel haben und gegen die zunehmende Einschränkung von gewerkschaftlichen Rechten in Europa.



Foto: Walter Bachmeier

Thomas Händel, Sprecher der Delegation der LINKEN im EP



Foto: GUE/INGL

v. l. n. r. Delphine Pommier, Frank Puskarev, Karola Boger

Im Wirtschafts- und Währungsausschuss ist es gelungen, Mehrheiten für Eurobonds und FTT zu organisieren. Eine engere Kooperation in Steuerfragen zeichnet sich ab, die zu weniger Steuerflucht für Unternehmen führen soll, uvm. Die Regulierung der Finanzmärkte nimmt Formen an – noch zu langsam und zu schwach – aber die Einsicht in die Notwendigkeit wächst.

Das alles ist wichtig, doch nichts von alledem kann das grundsätzliche Problem der EU lösen. Deshalb geht es für uns um die – anspruchsvolle – Aufgabe ein, gemeinsames europäisches Alternativprojekt zu formulieren: »Wie wir künftig arbeiten und leben wollen?!« Gefordert ist eine Konzeption für ein kooperatives, solidarisches Europa mit einem Leitbild von Guter Arbeit, von der man eigenständig, armutsfrei und ohne Transferleistungen leben kann, eine Soziale Fortschrittsklausel, hohen sozialen Standards und Sicherheit und dem mittelfristigen Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse.

Wesentliche Elemente sind: die strikte Reregulierung der Finanzmärkte und die gesellschaftliche Kontrolle über die großen Finanzmarktakteure. Europa braucht ein System kooperativer Stabilität mit der Stärkung der Binnenmärkte u.a. über koordinierte Lohnpolitik. Es braucht den Ausbau der öffentlichen Sektoren, die Ausweitung gesellschaftlichen Eigentums, eine offensive europäische sozial-ökologische – eine »rote« – Industrie- und Wirtschaftspolitik. Es braucht eine wirkliche Demokratisierung im Sinne der Stärkung demokratischer Institutionen sowie die Schaffung wirtschaftsdemokratischer Strukturen und direkte Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen.

Ein anderes Europa ist möglich: eines, das sein Gestaltungspotenzial im Interesse der Menschen nutzen kann, wenn es gelingt, die Hegemonie neoliberaler Politik- und Denkmuster aufzubrechen und politische Mehrheiten für eine andere Entwicklung und Verfasstheit der Europäischen Union zu schaffen. Deshalb muss schon von diesem Parteitag ein deutliches Signal ausgehen, dass wir die Herausforderung bei den nächsten Bundestags-, Landtags- und der Europawahlen annehmen und um diese Mehrheiten streiten.

# Banken in den Dienst der Gesellschaft stellen!

**Jürgen Klute, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung**

Der Schwerpunkt meiner parlamentarischen Arbeit liegt im Wirtschafts- und Währungsausschuss des EU-Parlaments. Es ist wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass inzwischen kein Weg mehr am Europäischen Parlament vorbeigeht, wenn heute in Europa neue Regeln für Banken und Finanzmärkte aufgestellt werden sollen.

DIE LINKE tritt dafür ein, der Spekulation mit Lebensmitteln Einhalt zu gebieten. Wir wollen das Gesund-schrumpfen der Finanzwelt. Anstatt immer größere und mächtigere Geldinstitute zu schaffen, kämpfen wir für den Erhalt von Genossenschaftsbanken und öffentlich-rechtlichen Sparkassen, die für die Lebens-fähigkeit von strukturschwachen Kommunen so wichtig sind. Auf EU-Ebene bietet sich 2012 und 2013 die Chance, unsere Ziele in wirksame Regelwerke einzubinden.



Jürgen Klute mit Gabi Zimmer

Die Umsetzung von Basel III wird unsere Banken dazu verpflichten, mehr Reserven gegen Krisen vorzuhalten. Damit soll verhindert werden, dass Institute, die sich verkalkulieren, die Rechnung an den Steuerzahler weiterreichen. Bei Eigenkapitalanforderungen geht es nicht um Verbote. Strenge Regeln können aber riskante Geschäfte verteuern – und damit effektiv verhindern. Basel III darf nicht dazu führen, dass Kommunen keine Kredite mehr bekommen. Nicht regional tätige Banken bedrohen das Finanzsystem, sondern systemrelevante »Global Player«, denen die Finanzierung der Realwirtschaft nicht genug Rendite bringt. Als Verhandlungsführer der Linksfraktion GUE/NGL poche ich darauf, dass Basel III an der richtigen Stelle die Luft herauslässt.

Die zweite große Chance dieser Legislaturperiode bietet die Überarbeitung der europäischen Finanzmarkttrichtlinie »MiFID«. Mit MiFID II muss es gelingen, im Liberalisierungsfieber des letzten Jahrzehnts begangene Fehler zu korrigieren. Abseits jeder regulierten Handelsplattform werden heute im großen Stil Giftpapiere gehandelt und Wetten abgeschlossen. Die Aufseher können über diese millionenschweren Geldströme nur noch grobe Schätzungen anstellen. Ein Beispiel für unkalkulierbare Risiken, die nun zurückgeholt werden können. Erstmals werden mit *MiFID II* nun auch Finanzgeschäfte mit Rohstoffen angegangen. Gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Initiativen kämpfe ich dafür, dass die EU der Berg- und Talfahrt auf den Lebensmittelmärkten Einhalt gebietet.

Der Wirtschaftsausschuss beschäftigt sich aber auch mit einfacher zu greifenden Problemen, zum Beispiel Kontollosigkeit. Arbeitslose oder Verschuldete haben es nicht immer einfach, ein bezahlbares Girokonto zu eröffnen. Für das EU-Parlament habe ich einen Gesetzesvorschlag ausgearbeitet, der den Banken in die Pflicht nehmen soll, jedem den Zugang zu alltäglichen und notwendigen Kontodiensten zu garantieren.

Meine Erfahrung nach drei Jahren EU-Parlament hat gezeigt: Ob es um den Vorrang von Bürgerrechten vor Profitkalkül, um die Verhinderung von Rohstoff-Geschäften oder um die Einführung der Finanztransaktionssteuer geht – zivilgesellschaftlicher Druck im Zusammenspiel mit parlamentarischer Arbeit kann etwas bewegen. Selbst im Bankensektor.

## **DIE LINKE. im EU-Parlament: Motor für Verlässlichkeit und konsequente Friedenspolitik**

**Sabine Lösing, Mitglied im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten**

Die EU-Außenpolitik ist keine Friedenspolitik! Im Vertrag von Lissabon wird die Europäische Union (EU) als eine Militärunion festgeschrieben. Aufrüsten um jeden Preis lautet das Motto und das in einer Zeit in der Armut und Hunger weltweit zunehmen. Deshalb ist eine friedliche Zukunft der EU nur möglich, wenn die zugrundeliegenden Verträge geändert werden.

### **Schwerpunkte meiner politischen Arbeit**

#### **EU & NATO, zwei Bündnisse als Waffenbrüder**

Die EU handelt nicht alternativ, sondern ergänzend zur NATO. Durch die enge Verzahnung mit der NATO und die eigene militärische Ausrichtung wird die EU selbst zu einem Militärbündnis. Sie ist damit keine zivile Organisation mehr, die sich für friedliche Lösungen von Konflikten einsetzt. Die NATO will diese Strategie der systematischen Zusammenarbeit ausbauen. Das ist der falsche Weg. Ich setze mich für die Auflösung der NATO ein.



Sabine Lösing

## **Die EU als Rüstungstreiber**

Die Sozialausgaben in fast jedem EU-Land sind im freien Fall, die Rüstungsetats bleiben nahezu unangestastet. Die EU-Staaten gaben 288 Mrd. Dollar für Rüstung (2010) aus. Dieses Geld würde dringend zur Bekämpfung von Not und Armut benötigt. Zynisch ist zudem die immer offenere Zweckentfremdung von Geldern – Entwicklungshilfe, Agrarhaushalt werden für militärische Zwecke benutzt. Hinzu kommen mehr und mehr offene und verdeckte EU-Rüstungshaushalte, die sich der Kontrolle der Parlamente entziehen. Zum wiederholten Male ist die EU Rüstungsexportweltmeister, mit einem Anteil von 34 Prozent (USA: 30 Prozent; Russland 23 Prozent). Meine Forderung lautet deshalb: Wer wirklich sparen will, rüstet ab!

## **Parlamentarische Kontrolle der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)**

Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass seit dem Vertrag von Lissabon die parlamentarische Mitbestimmung und Kontrolle zunehmend eingeschränkt wird, insbesondere bei der GASP. Die Abgeordneten haben keinerlei Möglichkeit EU-Militäreinsätze abzulehnen. Auch die Spielräume der nationalen Parlamente zur Kontrolle und Mitbestimmung sind begrenzt. Einer lang verhandelten interparlamentarischen Versammlung wurden wieder keine bindenden Mitspracherechte oder ein Zustimmungsrecht gegenüber EU-Auslandseinsätzen zugestanden.

## **Militarisierung der zivilen Konfliktbearbeitung**

Unser weiteres Anliegen ist die kritische Auseinandersetzung mit den zivil-militärischen Strukturen. Ursprünglich war die zivile Konfliktbearbeitung als Alternative, nicht als Ergänzung militärischer Einsätze gedacht. Doch bei der engen Verzahnung von ziviler und militärischer Konfliktbearbeitung übernimmt das Militär die Führungsrolle. Ziviles Krisenmanagement wird zum Erfüllungsgehilfen militärisch-strategischer Interessen.

## **Ich fordere**

- Auflösung der NATO!
- Beendigung aller militärischen und zivil-militärischen Auslandseinsätze!
- Sofortige, insbesondere nukleare Abrüstung und stopp aller Rüstungsexporten!
- Parlamentarische Kontrolle GASP!
- Echte Demokratisierung der EU auf neuer vertraglicher Grundlage!

# **Links bewegt – auch in Europa**

## **Helmut Scholz, Mitglied im Ausschuss für Internationalen Handel**

Die Europäische Union muss demokratischer, bürgerfreundlicher werden, die Menschen sollen auch in Brüssel mitreden und mitentscheiden können. Dies ist seit Langem eine zentrale Forderung der Linken, dessen Umsetzung ich mich in meiner Arbeit im Ausschuss für konstitutionelle Fragen stelle. Mit der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) liegt erstmalig ein Instrument vor, mit dem sich Bürgerinnen und Bürger jetzt in Entscheidungsfelder der EU-Politik einbringen und gegenüber der Kommission und dem Europäischen Parlament (EP) Gehör verschaffen können. Bei der Ausgestaltung der EBI habe ich für möglichst niedrige bürokratische Hürden gekämpft. Es bleibt unsere Aufgabe als GUE/NGL, uns für einen Ausbau der EBI einzusetzen.

Eine Demokratisierung »nach innen« ist untrennbar verbunden mit der Gewährleistung von Bürger- und Menschenrechten, von gleichberechtigter internationaler Partnerschaft, von der Erfüllung der EU-Millennium-Entwicklungszielen und entsprechender politischer Aufgaben auch durch die EU: Demokratisierung ist eine Querschnittsaufgabe. Darum setze ich mich gerade im Bereich des Internationalen Handels und der auswärtigen Beziehungen für einen kohärenten Politikansatz ein, der Handel und Entwicklung, Wirtschaft und Kampf gegen Armut und Hunger, nachhaltige Entwicklung, Energiesicherheit und Menschenrechte zusammen bringt und ein entsprechendes Agieren der EU einfordert.

Im Handelsausschuss setze ich mich für die Fixierung verbindlicher Kriterien hinsichtlich der ILO-Arbeitsnormen sowie politischer und sozialer Menschenrechte ein und für die Beförderung einer innerregionalen Zusammenarbeit in Handelsabkommen ein. Wird dies nicht erfüllt, lehnen wir als Linke die Abkommen ab, wie zum Beispiel im Fall von Kolumbien.

Wie konkret solche Fragen sind zeigen die Proteste gegen das sogenannte Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA). Es steht für viele jener Aspekte, die die Linke am Politikstil der Mächtigen scharf kriti-

siert: Ausgehandelt wurde es lange Zeit hinter verschlossenen Türen. Es ermöglicht eine Beschneidung der Informationsfreiheit im Internet und könnte von großen Softwarekonzernen dazu genutzt werden, kleinere Konkurrenten auszuschalten. ACTA würde drastisch in den Justizbereich eingreifen, indem es Unternehmen faktisch erlaubt, Importeure und sogar Endkunden mit Klagen zu überziehen und die Beschlagnahme von Waren zu fordern. Nicht zuletzt hätte das Abkommen tatsächlich lebensbedrohliche Konsequenzen für die Menschen in Entwicklungsländern, wenn deren Versorgung mit günstigen Medikamenten gefährdet würde.

Dass sich die Front gegen ACTA im EP, auf nationaler Ebene und in der Zivilgesellschaft verbreitert hat, ist auch ein Ergebnis der Arbeit linker Abgeordneter, unserer parlamentarischen Initiativen und der Zusammenarbeit mit verschiedensten progressiven Kräften, gerade auch den Gewerkschaften. Wir stehen nun kurz vor dem Tag, an dem das EP ACTA beerdigen wird.

Ein Beleg dafür, dass Links durchaus etwas in Europa bewegen – und verändern – kann.



Helmut Scholz beim Fest der LINKEN 2011 in Berlin

## **Ein Neustart für eine andere, eine bessere Europäische Union!**

**Sabine Wils, Mitglied im Ausschuss für Umweltfragen**

Der Vertrag von Lissabon und der EURATOM-Vertrag taugen nicht für eine demokratische, soziale, ökologische und friedliche EU. Mit dem Vertrag von Lissabon haben sich die Mitgliedstaaten der EU eine neoliberale Wirtschaftsordnung gegeben. Heute prallen in der Finanz- und Wirtschaftskrise die Interessen der Gewinner und Verlierer im gemeinsamen Binnenmarkt aufeinander. Das Modell einer europäischen Wettbewerbswirtschaft ohne sozialen Ausgleich ist gescheitert. Wir brauchen einen Neustart der EU: Soziale Rechte müssen Vorrang vor den Binnenmarktfreiheiten haben.

Als Abgeordnete im Europaparlament verstehe ich mich auch als Vertreterin der gewerkschaftlichen Interessen. Im Verkehrsausschuss kämpfe ich gegen die Liberalisierungsvorhaben der EU-Kommission. Im Umweltausschuss setze ich mich für die Energiewende und den Atomausstieg ein.

### **Eisenbahnpaket**

Im Interesse privater Transportkonzerne soll z. B. der »Eisenbahnmarkt« weiter dereguliert werden. Schiene und Betrieb sollen voneinander getrennt und profitable Bereiche aus bestehenden Eisenbahnunternehmen herausgebrochen werden. Das geht zu Lasten der Beschäftigten und gefährdet die Sicherheit der Kundinnen und Kunden. Wichtigster Punkt aus gewerkschaftlicher Sicht ist der vorgesehene sogenannte »Mindestdienst«, der in Fällen von Streiks gewährleistet werden soll. Diese Regelung hebt das Streikrecht aus. In enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften gelang es mir durch entschlossene parlamentarische und außenparlamentarische Arbeit diesen Passus bisher zu verhindern.

### **Flughafenpaket**

An der Seite von Bürgerinitiativen streite ich gegen die Verschlechterungen beim Lärmschutz und der Arbeitsbedingungen an den Flughäfen. Die von der EU bereits 1996 beschlossene Marktöffnung der Bodenabfertigungsdienste führte u.a. zu Reallohnverlusten von mehr als 20 Prozent und einem Anstieg prekärer Arbeitsverhältnisse. Trotzdem hält die EU weiter an dieser Linie fest. In einer Anhörung der GUE/NGL-Fraktion im März 2012 wurden auch in dieser Auseinandersetzung gemeinsame Schnittmengen zwischen europäischen Gewerkschaften und der Linksfraktion im Europaparlament deutlich: Der Wettbewerb im Markt der Bodendienste darf nicht über die niedrigsten Personalkosten, sondern soll über die Qualität entschieden werden.

### **Atomausstieg**

Ein weiterer Schwerpunkt meiner politischen Arbeit ist der Atomausstieg. Der EURATOM-Vertrag sichert strukturell die Interessen der Atomindustrie ab. Für die nukleare Forschung und Förderung der Atomenergie in der EU zahlte die Bundesrepublik Deutschland allein im Jahr 2011 über 117 Mio. Euro in den EU-Haushalt, obwohl sie angeblich aus der Kernenergie aussteigen will. Brüssel lässt sich EURATOM viele Milliarden Euro kosten und garantiert damit die satten Profite der Atomkonzerne, während den Bürgerinnen und Bürgern in der EU Renten und Sozialleistungen gekürzt werden. Ausgerechnet bei der Sicherheit der AKWs und der sogenannten Endlager hat das EU-Parlament keine Mitentscheidungsrechte, weil diese Richtlinien unter den EURATOM-Vertrag fallen. Die Auflösung des EURATOM-Vertrags ist Voraussetzung für einen europaweiten Atomausstieg.

[www.sabine-wils.eu](http://www.sabine-wils.eu), [www.raus-aus-euratom.de](http://www.raus-aus-euratom.de)



Sabine Wils

Foto: Sabine Wils

# Kampf gegen Hunger und Armut

Gabi Zimmer, Vorsitzende der GUE/NGL Fraktion



Gabi Zimmer

Der Schwerpunkt meiner parlamentarischen Aktivitäten im Entwicklungsausschuss lag auf dem Thema »Kampf gegen Hunger und Armut«. Als verantwortliche Berichterstatterin zur Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern habe ich das Menschenrecht auf angemessene Nahrung ins Zentrum gestellt. Dafür müssen wir KleinbäuerInnen stärker unterstützen und den ökologisch nachhaltigen Umbau der Landwirtschaft vorantreiben. Meine zentralen Forderungen waren die konsequente Regulierung der Finanzmärkte, um die exzessive Spekulation mit Nahrungsmitteln zu verhindern, und die Beendigung des Landraubs in Entwicklungsländern. Die EU muss ihre internationale Handels-, Agrar- und Energiepolitik überdenken, um Politikkohärenz zum Wohle der Entwicklung zu erreichen. Die Revision des Cotonou-Abkommens, die Halbzeitbilanz der Entwicklungsziele (MDGs) und der Europäische Konsens zur humanitären Hilfe waren weitere Themen. Selbstbestimmte Entwicklung, die Einhaltung der verpflichtenden Zahlungen an öffentlicher Entwicklungshilfe und das Verbot zivil-militärischer Kooperationen waren hier die wichtigsten Forderungen. Kommende Hauptthemen werden das Finanzierungsinstrument für Entwicklungszusammenarbeit und die zukünftige Ausrichtung der Entwicklungspolitik sein. Beim Thema Ernährungssicherheit hat sich eine fruchtbare Zusammenarbeit mit zahlreichen NGOs, dem WorldFoodProgramme, UNICEF und UNCTAD entwickelt, mit denen Veranstaltungen im EP organisiert wurden.

Im Beschäftigungs- und Sozialausschuss habe ich den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung als Schwerpunkt gesetzt. Dabei habe ich mich für die Fortführung des Europäischen Programms zur Nahrungsmittelhilfe eingesetzt. Im Rahmen des Berichts über die Bedeutung des Mindesteinkommens für die Bekämpfung von Armut habe ich erneut auf die Notwendigkeit armutsfester Mindestlöhne und -einkommen sowie sozialer und ökologischer Mindeststandards verwiesen. Ebenso sollen die soziale Fortschrittsklausel ins EU-Recht aufgenommen und soziale Grundrechte individuell einklagbar werden. Im Bericht »Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung« habe ich betont, dass das Problem der Energiearmut nur durch verbindliche Obergrenzen für Miet- und Energiekosten gelöst werden kann; dass eine effektive Armutsbekämpfung EU-weiter, gemeinsamer Armutsindikatoren bedarf; und dass die Privatisierung öffentlicher Güter, Dienstleistungen und der Sozialsysteme umgehend beendet werden muss. Zum Thema Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern habe ich mich als Berichterstatterin für die Einführung einer Frauenquote in Führungsgremien, kostenlose Betreuungsangebote und gegen die Feminisierung der Armut ausgesprochen. In nächster Zukunft wird der Europäische Sozialfonds das wichtigste Thema sein.

Das Europäische Jahr im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung 2010 habe ich genutzt, um Konferenzen und Kooperationen mit Betroffenenverbänden und NGOs zum Thema soziale Mindeststandards und Armut, insbesondere Energiearmut, auf den Weg zu bringen. Dafür engagierten wir uns beim Europäischen Sozialforum in Istanbul 2010 und initiierten Konferenzen in Polen und Litauen 2011.



DIE LINKE im Europaparlament

Ausgabe 8 - März 2012

# Tritt ein, bring Geld herein!

## Die EU - »Geint in Vielfalt« oder soziale Auslese?

Liebe Leserinnen und Leser, Herzlich willkommen! Es gibt keinen schöneren Gruß, um sich wohl zu fühlen, sei es bei Freunden, zu Hause oder im Ausland. Die EU gewährt jedoch längst nicht allen einen herzlichen Empfang. Seit Jahren rüstet sie sich im Aufgebot aller Kräfte, um Flüchtlingswege nach Europa zu versperr...

Dabei hat sich die Europäische Union das Motto »Geint in Vielfalt« auf die Fahnen geschrieben. Geint? In Vielfalt? Die Europaratspräsidentin der LINKE haben sich den Slogan in der vorliegenden Ausgabe der europaROT genauer angesehen und...

lich - Kapital zu schlagen, zeigt Sabine Lösing in ihrem Beitrag auf. Kurze Nachbarschaftspolitik sieht anders aus. Sprachliche, religiöse oder kulturelle Minderheiten sind nicht überall willkommen... Kulturelle Vielfalt ist die Krone der Demokratie. Migration findet selten freiwillig statt. Das zeigt auch Thomas Hänel...

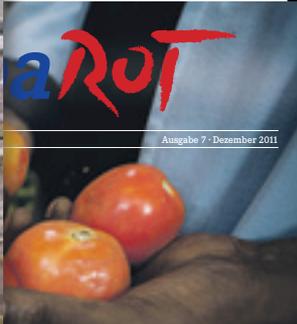
klärt die aktuelle Situation im Land und die Reaktionen der EU-Kommission. Während die Industriestaaten Hauptverursacher des Klimawandels sind, leiden weltweit besonders die Armen unter dessen Folgen. Sabine Lösing erklärt, wieso immer mehr von ihnen deshalb auf der Flucht sind. Migration findet selten freiwillig statt...

Schon seit Jahren rüstet die Europäische Union an ihren Außengrenzen auf. Wenn die oft lebensgefährliche Ozeansee dennoch gelang, wird in Aufzug...

Wem die oft lebensgefährliche Ozeansee dennoch gelang, wird in Aufzug...

Das die Sicherstellung der ausreichenden Versorgung mit Nahrung nicht nur Symbolpolitik ist, sondern ein grundlegendes Recht für jeden Menschen darstellt, erörtert Gabrielle Zimmer...

Die EU kann Nahrungsmittelproduktion unterstützen, meint Jürgen Klute und empfiehlt in seinem Artikel ein Set von Handlungsmöglichkeiten. Um Themen wie Ernährungssicherheit auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene zu besetzen, bedarf es einer standhaften linken Partei...



Ausgabe 7 - Dezember 2011



Ausgabe 6 - Juli 2011



Ausgabe 5 - April 2011



Ausgabe 2 - Mai 2010



Sie wollen das Infomagazin europaROT abonnieren oder sich über unsere Arbeit informieren? Besuchen Sie uns im Internet unter [www.dielinke-europa.eu](http://www.dielinke-europa.eu) oder schreiben Sie uns: [dielinke.presse@ep.europa.eu](mailto:dielinke.presse@ep.europa.eu)!



# europaROT

Infomagazin der LINKE im Europaparlament

## EU 2020 - Top o' mit »Wirtschaftsregierung« und »Europäische Union«

VON GABI ZIMMER, JÜRGEN KLUTE UND THOMAS HÄNEL  
Brisant im März, die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedsstaaten treffen sich zum Frühjahrsgipfel. Kommissionspräsident Barroso präsentiert seinen Entwurf für die Europa 2020-Strategie - im Wesentlichen ein Aufruf der vor zehn Jahren beschlossenen Lissabonstrategie. Dies führt zum Ziel für Wachstum und Wohlstand, z.B. für ein...

liberal in der EU. Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union verkündeten am 17. Juni 2010 in Brüssel eine klare Botschaft an die Bürgerinnen und Bürger Europas: Können, bis es quantitative Ziele festlegen, um die bereits eingeleitete Politik der Haushaltskonsolidierung zu forcieren und zu beschleunigen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt für den Euro wird mit folgendem Inhalt...

der Quelle, wie zum Beispiel in der Artike, wo sich Länder aus aller Welt einfordern. Sabine Lösing schließt über die langfristige und Nachhaltigkeit bleiben dabei auf der Strecke, kritisiert Sabine Lösing in ihrem Beitrag. Sabine Lösing erklärt, wieso immer mehr von ihnen deshalb auf der Flucht sind. Migration findet selten freiwillig statt...

## Kampf gegen Armut

2010 ist das »Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung«

VON GABI ZIMMER, JÜRGEN KLUTE UND THOMAS HÄNEL  
Brisant im März, die Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedsstaaten treffen sich zum Frühjahrsgipfel. Kommissionspräsident Barroso präsentiert seinen Entwurf für die Europa 2020-Strategie - im Wesentlichen ein Aufruf der vor zehn Jahren beschlossenen Lissabonstrategie. Dies führt zum Ziel für Wachstum und Wohlstand, z.B. für ein...

Der sechste Jahrestag der Kampagne gegen Armut lässt erkennen auf sich warten wie das dringende notwendige Engagement gegen den Klimawandel und die Zerstörung der Umwelt. Tatsächlich braucht es keine Altkampagne in der EU, um Armut sichtbar zu machen. In einer der letzten Regionen der Welt sind heute über 80 Millionen Menschen offiziell von Armut betroffen, das heißt ein Einkommen liegt deutlich unter...

## Freiheit statt Sicherheit

Die EU geht auf Nummer sicher: Militärinterventionen, Repression, totale Überwachung

Liebe Leserinnen und Leser, Sie sind in letzter Zeit eine Auswanderungswelle gefolgt oder gar an einer Demonstration teilgenommen haben, sind Sie eine potenzielle Gefahr für die allgemeine Sicherheit. Doch die EU ist bereits im Einsatz und führt zum Schutz ihrer sicherheitspolitischen Interessen. So müssen immer weniger Menschen immer mehr und immer länger arbeiten, wie viel der EU-Innenminister, fragt sich hingegen Thomas Hänel und hat in einer Studie die Arbeitsbedingungen ganz Europa untersucht. Lesen Sie auch die Ergebnisse. Was Kritik an dieser menschenrechtlichen Politik, das, sagt die harte Hand der Ordnungshüter. So wurden bei dem diesjährigen WELD WIKTORIA CAMERON bei Demonstrationen, an denen auch die LINKE im Europäischen Par...

Schöne neue Welt Das Stockholm-Programm für Justiz und Inneres  
Von Rostock bis Helsinki - die Ostsee-Strategie  
Die Opel-Story Es geht um Menschen - nicht um Autos

# DIE LINKE. im Europaparlament

## Gabi Zimmer

Vorsitzende der  
GUE/NGL Fraktion

Stellvertreterin im Ausschuss  
für Beschäftigung und soziale  
Angelegenheiten

**Ansprechpartnerin  
für Thüringen**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 6F357  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-47101  
gabriele.zimmer@europarl.europa.eu  
www.gabi-zimmer.de



## Cornelia Ernst

Sprecherin der Delegation  
der LINKEN

Mitglied im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres; Stellvertreterin im Ausschuss für regionale Entwicklung; Stellvertreterin im Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter

**Ansprechpartnerin für Sachsen**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 6F154  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-47660  
cornelia.ernst@europarl.europa.eu  
www.cornelia-ernst.de



## Thomas Händel

Sprecher der Delegation  
der LINKEN

Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten; Stellvertreter im Ausschuss für Wirtschaft und Währung

**Ansprechpartner für Bayern,  
Baden-Württemberg und Saarland**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 06F259  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-45658  
thomas.haendel@europarl.europa.eu  
www.thomas-haendel.eu



## Lothar Bisky

Stellvertretender Vorsitzender  
im Ausschuss für  
Kultur und Bildung

**Ansprechpartner  
für Berlin  
und Sachsen-Anhalt**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 6F155  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-47834  
lothar.bisky@europarl.europa.eu  
www.lothar-bisky.de



## Jürgen Klute

Mitglied im Ausschuss für  
Wirtschaft und Währung;  
Stellvertreter im Haushaltsaus-  
schuss; Mitglied im Sonder-  
ausschuss zu den Haushalts-  
prioritäten 2013–2020

**Ansprechpartner für  
Nordrhein-Westfalen und  
Rheinland-Pfalz**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 06F254  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-47655  
juergen.klute@europarl.europa.eu  
www.juergen-klute.eu



## Sabine Lösing

Mitglied im Ausschuss für  
auswärtige Angelegenheiten;  
Unterausschuss für Sicherheit  
und Verteidigung

**Ansprechpartnerin für  
Niedersachsen und Hessen**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 06F255  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-47894  
sabine.loesing@europarl.europa.eu  
www.sabine-loesing.de



## Helmut Scholz

Mitglied im Ausschuss für inter-  
nationalen Handel; Stellvertreter  
im Ausschuss für auswärtige  
Angelegenheiten; Ausschuss für  
konstitutionelle Fragen

**Ansprechpartner für  
Mecklenburg-Vorpommern  
und Brandenburg**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 6F243  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-47893  
helmut.scholz@europarl.europa.eu  
www.helmutscholz.eu



## Sabine Wils

Mitglied im Ausschuss für Umwelt-  
fragen; Stellvertreterin im Ausschuss  
für Verkehr und Fremdenverkehr

**Ansprechpartnerin für Bremen,  
Schleswig-Holstein, Hamburg**

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 06F247  
B-1047 Brüssel  
Telefon: 0032-228-47644  
sabine.wils@europarl.europa.eu  
www.sabine-wils.eu



V. i. S. d. P. Thomas Händel, Cornelia Ernst

Gestaltung und Druck: MediaService Druck und Kommunikation

Fotos Titelseite (von oben links im Uhrzeigersinn):

I. Keilmann, Photocase, GUE/NGL, Europäisches Parlament, flickr: New Orleans Lady, GUE/NGL, Sonja Giese, flickr: Kalamun

